



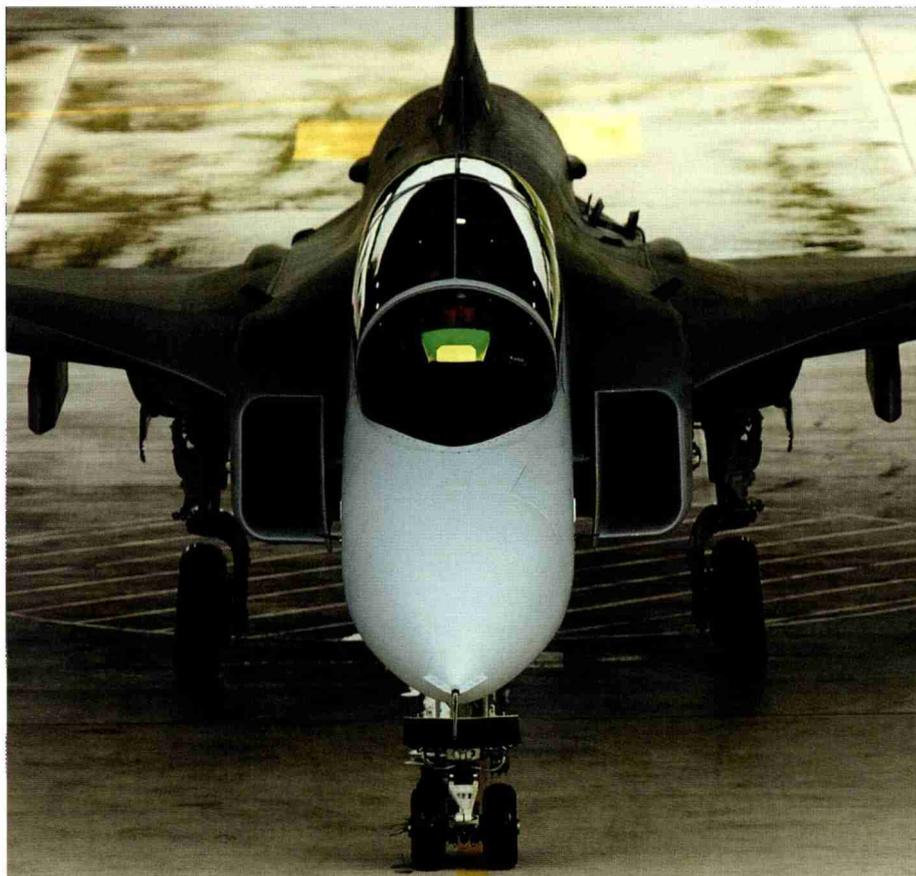
Schweizer Soldat
8268 Salenstein TG
www.schweizer-soldat.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 18'329
Erscheinungsweise: monatlich

Themen-Nr.: 331.1
Abo-Nr.: 1078759
Seite: 50
Fläche: 80'466 mm²

Turbulenzen – wie gehabt

In den vergangenen Jahren haben wir an dieser Stelle regelmässig über das Projekt Tigerteilersatz (TTE) berichtet. Noch nicht abgeschlossen ist die Frage, ob sich die Schweiz tatsächlich nur ein zweitrangiges Kampfflugzeug leisten will.
EINE PERSÖNLICHE STELLUNGNAHME VON OBERSTLT PETER JENNI, RESSORTREDAKTOR RÜSTUNG + TECHNIK



In seiner pointierten Stellungnahme übt Ressortredaktor Jenni Zweifel am Gripen.

Das Gezerre um dieses Projekt wird voraussichtlich im kommenden Jahr in einer Volksabstimmung entschieden werden. Würde heute abgestimmt, gäbe es gemäss einer Befragung für den Gripen eine Bruchlandung.

Nach Abschluss der technischen Evaluation durch die Armasuisse und dem von den fehlenden Finanzen getriebenen Entscheid des Bundesrates zugunsten des schwedischen Projektes Gripen E began-

nen die Diskussionen in der Öffentlichkeit und im Parlament. Eine Subkommission der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates unter dem Vorsitz von Nationalrat Thomas Hurter hatte den Auftrag, das Geschäft TTE eng zu begleiten. Die Zusammenarbeit mit dem VBS gestaltete sich für die Kommission nicht immer einfach.

Die Vorgeschichte



Schweizer Soldat
8268 Salenstein TG
www.schweizer-soldat.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 18'329
Erscheinungsweise: monatlich

Themen-Nr.: 331.1
Abo-Nr.: 1078759
Seite: 50
Fläche: 80'466 mm²

Im Nachgang zur Mirageaffäre in den Jahren 1958 bis 1964 wurde von der parlamentarischen Untersuchungskommission am 1. September 1964 festgehalten, dass in Zukunft nur noch Rüstungsmaterial angeschafft werde, dessen Entwicklung abgeschlossen ist. Diesem Grundsatz wurde seither nachgelebt. Mit dem TTE fällt man nun in alte Fehler zurück.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts wurden erste Überlegungen für den Ersatz des Kampfflugzeugs F-5 Tiger von der Luftwaffe und der Armasuisse gemacht. Zwischen 2003 und 2004 ging das VBS davon aus, dass für den Tigerteilersatz rund fünf Milliarden Franken nötig sein werden.

Dieser Betrag wurde in der Folge laufend nach unten auf 2,5 Milliarden Franken reduziert. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass die Erfüllung des Auftrags unserer Luftwaffe 60 bis 70 Kampffjets erfordere.

Die Planer gingen davon aus, dass die neuen Maschinen mit einem Rüstungsprogramm 2010 beschafft werden. Es war vorgesehen, die gleiche Hard- und Softwarekonfiguration wie die von der Luftwaffe des Herstellerlandes zu verwenden. Man wollte nach den negativen Erfahrungen in der Vergangenheit nicht ein Exportmodell oder ein Modell auswählen, das noch helvetisiert werden musste.

Am 25. März 2009 beschloss der Bundesrat, die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges mit dem Rüstungsprogramm 2011 zu beantragen. Die drei Anbieter Dassault, Eads und Saab unterbreiteten 2009 ihre zweite überarbeitete Offerte.

Noch im gleichen Jahr mussten die Kandidaten wegen der zeitlichen Verschiebung des Typenentscheides bis zum 6. November 2009 eine dritte Offerte einreichen. Dies benutzte Saab, um den Wechsel vom evaluierten Gripen C/D auf das Projekt Gripen E/F vorzunehmen. Am 23. Dezember 2009 erklärte der Armeestab die drei Flugzeuge für truppentauglich, mit Vorbehalten gegenüber dem Projekt Gripen E/F.

Mit theoretischen Modellen und mit Hilfe der Computer versuchten sich die Fachleute der Armasuisse und der Luftwaffe über das Projekt Gripen E schlau zu machen.

Am 5. September 2011 forderte die Armasuisse die vierte Offerte von den drei Herstellerfirmen verbunden mit der Bitte, ihre Offerte mit Blick auf eine Beschaffung mit dem Rüstungsprogramm 2012 zu aktualisieren. Eigentlich wäre diese Zusatzschleife nicht nötig gewesen. Die Meinungen im VBS waren schon längst zugunsten

des schwedischen Projektes gemacht. Schliesslich fällte der Bundesrat am 30. November 2011 die Typenwahl. Hauptsache: Die Beschaffung ist billig. Seither gilt im VBS: Es gibt den Gripen oder gar nichts!

Aus der Sicht der Luftwaffe ist das Risiko der Entwicklung des Projektes E/F gross, aus Sicht der Armasuisse mittel. Beide glauben, dass der Gripen E die minimalen Anforderungen erfüllen werde.

Nach verschiedenen Abklärungen und Gesprächen kam die Subkommission des Nationalrates zum Schluss, dass die vom Bundesrat gewählte Variante mit den meisten Unwägbarkeiten behaftet ist. Sie ist mit den grössten technischen, finanziellen, politischen und zeitlichen Risiken verbunden. Mit dem Projekt Gripen wird nun der Grundsatz, nur noch fertig entwickeltes Gerät zu beschaffen, durchbrochen.

Kritische Stimmen

Ein früherer hoher Verantwortungsträger der damaligen Gruppe für Rüstungsdienste, heute Armasuisse genannt, meinte gegenüber dem SCHWEIZER SOLDAT: Jedermann wisse, dass der Entscheid zugunsten des Gripen falsch sei. Es komme ihm vor wie damals bei der Beschaffung des F-5 und der Occasionshunter, man wisse, dass das Fluggerät den Anforderungen in den kommenden 30 bis 40 Jahren nicht gerecht werden würde. Dazu komme die Ungewissheit über die Kosten und den Zeitrahmen der Gripen-E-Entwicklung.



Schweizer Soldat
8268 Salenstein TG
www.schweizer-soldat.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 18'329
Erscheinungsweise: monatlich

Themen-Nr.: 331.1
Abo-Nr.: 1078759
Seite: 50
Fläche: 80'466 mm²

Aus Israel ist zu vernehmen, dass in den kommenden Jahrzehnten der Himmel von Kampfjets aus den USA, Europa (Rafale und Eurofighter), Russland, China und Indien dominiert werde. Das schwedische Projekt wird nicht einmal erwähnt. Wie bekannt ist, wissen die Israeli, worauf es ankommt.

Zu Beginn des Prozesses war viel von der sogenannten Einflottenpolitik die Rede. Damit könnte viel Geld gespart und logistischer Aufwand vermieden werden.

Verhandlungskünstler?

Mit dem Entscheid des Bundesrates sind diese Überlegungen reine Makulatur. Es sei denn, man beschaffe anstelle der F/A-18 in einigen Jahren wieder die vergleichsweise schwächlichen Gripen. Saab nähme einen weiteren Auftrag mit Handkuss entgegen. Die beste Armee der Welt braucht schliesslich auch bestes Material.

An dieser Stelle haben wir bereits in der Septemerausgabe 2012 darauf hingewiesen, dass es im unsicheren Geschäft mit den Schweden Garantien braucht, beispielsweise sogenannte Bid Bonds oder Konventionalstrafen und Rückzugsklauseln. Der Verhandlungsführer im VBS, Botschafter Christian Catrina, belächelte diese Ideen mit der Begründung, sie seien nicht üblich, und man dürfe auf die Schweden den Verhandlungsdruck nicht erhöhen. Sie seien uns schon stark entgegengekommen.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat unsere Gedanken aufgenommen und dem VBS den Auftrag erteilt, auf diesem Gebiet aktiv zu werden. Und siehe da, inzwischen weiss es auch das VBS besser.

Rücktrittsklausel

Im Vertrag mit Schweden existiert nun eine Rücktrittsklausel, eine Konventionalstrafe, und anstelle der geforderten Anzahlung von 67 Prozent der Kaufsumme muss das VBS, allerdings immer noch zu viel, nämlich 40 Prozent vorschüssen. Die Kom-

mission des Nationalrates hatte 15 Prozent gefordert. Saab braucht dringend Geld für die Entwicklung des neuen Geräts.

An der Medienorientierung vom 27. August 2013 der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates hielt die Präsidentin, Nationalrätin Chantal Galladé, auf eine Frage fest, dass die Forderungen der Kommission an das VBS nicht erfüllt worden sind.

Daraus folgt, dass die Verhandler des VBS mit wenig Erfahrung in die Verhandlungen gingen und sich scheuten, harte Forderungen zu stellen.

Auch bei Rüstungsgeschäften gilt der in der Wirtschaft praktizierte Grundsatz, dass der Kunde König ist. Wie wir wissen, können die Schweden ohne den Auftrag aus der Schweiz ihr Projekt Gripen E nicht im vorgesehenen Rahmen realisieren.

Rubikon überschritten?

Bei Saab spielt eine in London angesiedelte Investorengruppe eine nicht unbedeutende Rolle. Sie mache ihr weiteres finanzielles Engagement bei Saab von Exportaufträgen abhängig, wird kolportiert.

Die Schweden fordern im übrigen nicht überall das Gleiche. Zur Erinnerung: Den Brasilianern wurde zugesichert, dass beim allfälligen Kauf von 36 Maschinen erst nach Ablieferung der letzten Gripen bezahlt werden müsse. Das Auslieferungsprozedere soll sich über 15 Jahre erstrecken. Man rechne! Die Schweiz dagegen soll einen Teil der Kosten vorfinanzieren.

Wenn das Schweizer Volk dem Projekt Gripen E zustimmt, befindet sich die Schweiz von Schweden in Geiselhaft. Wenn es, wie bei Grossprojekten meistens, zu zeitlichen Verzögerungen, Kostenüberschreitungen und zu technischen Unzulänglichkeiten kommt, wann macht dann der Kunde Schweiz von der Konventionalstrafe oder gar dem Rücktritt vom Vertrag Gebrauch?

Der Ermessensspielraum ist riesig und die Schweden sind gewiefte Taktiker. So



sind beispielsweise in Südafrika und Tschechien immer noch Abklärungen wegen Korruption im Zusammenhang mit der Lieferung von Gripen C/D im Gange.

In der Antwort auf einen Vorstoss aus dem Parlament hielt der Bundesrat am 15. Februar 2012 fest: «Der Bundesrat will den Gripen in der gleichen Ausführung beschaffen und betreiben wie er bei der schwedischen Luftwaffe im Einsatz steht.» Wie weit werden die neuen E für die Schweiz mit den alten aufgemotzten C/D für die Schweden wirklich übereinstimmen?

Bitte Zeitplan beachten

Die ersten Gripen E sollen der Schweiz 2018 ausgeliefert werden. Es ist davon auszugehen, dass die volle operationelle Fähigkeit erst viel später erreicht sein wird. Die umgebauten C/D zum E für die schwedische Luftwaffe werden erst zwischen 2023 und 2025 abgeliefert. Noch nicht definitiv festgelegt ist die Stückzahl. Sie schwankt zwischen 40 und 60 Maschinen.

Zur Erinnerung: Die Entwicklung vom

F/A-18 C/D zum F/A-18 E/F in den USA dauerte rund sieben Jahre. Dieses Projekt ist vergleichbar mit dem Entwicklungsschritt zum Gripen E: Neues Triebwerk, Anpassungen an der Zelle, modernere Avionik etc. Das heisst, der erste Gripen E käme etwa 2020 in die Schweiz. 

Verknüpfungen?

Das VBS wird nicht müde zu sagen, weder mit den Franzosen noch mit den Deutschen sei es im Zusammenhang mit dem TTE möglich gewesen, politische Gegengeschäfte zu verhandeln.

Tatsache ist, dass solche Vereinbarungen mit dem nötigen Willen durchaus möglich gewesen wären. Es gibt ein Schreiben vom 15. November 2011 an das VBS, in dem der deutsche Verteidigungsminister, Thomas de Maizière, genau das anregt. Dieses Angebot wurde vom VBS weder innert normaler Frist verdankt noch in Erwägung gezogen. Der Empfang des Briefes wurde mit Verzögerung bestätigt. *Peter Jenni*